

1972	Ausgegeben zu Bonn am 9. Dezember 1972	Nr. 131
------	--	---------

Tag	Inhalt	Seite
1. 12. 72	Verordnung zur Durchführung der Wehrdisziplinarordnung 52-2-1	2237
6. 12. 72	Verordnung über die Einfuhr und die Durchfuhr von Bienen (Bienen-Einfuhrverordnung) 7831-5	2238
6. 12. 72	Postreiseordnung	2255
7. 12. 72	Zehnte Verordnung zur Änderung der Ersten Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes und Elfte Verordnung zur Änderung der Zweiten und Dritten Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes 251-1-1, 251-1-2, 251-1-3	2244
5. 12. 72	Zwanzigste Bekanntmachung über die Wechsel- und Scheckzinsen 4132-3-1-19	2258
Hinweis auf andere Verkündungsblätter		
	Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften	2259

Verordnung zur Durchführung der Wehrdisziplinarordnung

Vom 1. Dezember 1972

Auf Grund des § 139 der Wehrdisziplinarordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. September 1972 (Bundesgesetzbl. I S. 1665) wird im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern verordnet:

§ 1

Dienstbezüge

(1) Dienstbezüge im Sinne der §§ 20, 55 und 120 der Wehrdisziplinarordnung sind das Grundgehalt, der Ortszuschlag, der örtliche Sonderzuschlag, die Amtszulagen, die Stellenzulagen und die Ausgleichszulagen.

(2) Dienstbezüge im Sinne der §§ 57 und 58 der Wehrdisziplinarordnung sind alle dem Soldaten auf Grund seines Dienstverhältnisses zustehenden Bezüge.

§ 2

Überleitungsvorschrift

Wird gegen einen Soldaten ein vor Inkrafttreten dieser Verordnung rechtskräftig gewordenes Urteil

auf Gehaltskürzung oder Einstufung in eine niedrigere Dienstaltersstufe noch vollstreckt, oder ist auf Grund einer Anordnung der Einleitungsbehörde vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung ein Teil der Dienstbezüge einbehalten worden, gelten für die Bestimmung der Dienstbezüge die bisherigen Vorschriften.

§ 3

Inkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt einen Tag nach ihrer Verkündung in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Verordnung zur Durchführung der Wehrdisziplinarordnung vom 10. April 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 384), geändert durch die Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung der Wehrdisziplinarordnung vom 14. August 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 609), außer Kraft.

Bonn, den 1. Dezember 1972

Der Bundesminister der Verteidigung
Georg Leber

**Verordnung
über die Einfuhr und die Durchfuhr von Bienen
(Bienen-Einfuhrverordnung)**

Vom 6. Dezember 1972

Auf Grund des § 7 Abs. 1 und des § 79 Abs. 1 des Viehseuchengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Februar 1969 (Bundesgesetzblatt I S. 158), geändert durch das Gesetz zur Änderung des Viehseuchengesetzes vom 7. August 1972 (Bundesgesetzbl. I S. 1363), wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

§ 1

Die Einfuhr von Bienenvölkern mit und ohne Wabenbau sowie von Bienenköniginnen mit ihren Begleitbienen bedarf der veterinärpolizeilichen Genehmigung.

§ 2

(1) Der Genehmigung nach § 1 bedarf nicht die Einfuhr von Bienenvölkern mit und ohne Wabenbau aus europäischen Ländern, wenn die Bienenvölker von einer Gesundheitsbescheinigung begleitet sind, die dem Muster der Anlage 1 oder, wenn die Bienenvölker zum Zwecke der Trachtwanderung nachweislich nicht länger als drei Monate aus dem Wirtschaftsgebiet ausgeführt waren, dem Muster der Anlage 2 entspricht.

(2) Für die nach Absatz 1 eingeführten Bienenvölker gilt folgendes:

1. Die Bienenvölker müssen nach der Einfuhrabfertigung unmittelbar zu ihrem Bestimmungsort weitergeleitet werden. Die Zolldienststelle benachrichtigt auf Kosten des Verfügungsberechtigten die zuständige Behörde des Bestimmungsortes fernmündlich, fernschriftlich oder telegrafisch von der Einfuhr unter Angabe der Zahl der Bienenvölker. Der Verfügungsberechtigte hat das Eintreffen der Bienenvölker am Bestimmungsort der für diesen Ort zuständigen Behörde unter Vorlage der Gesundheitsbescheinigung unverzüglich anzuzeigen.
2. Die eingeführten Bienenvölker sind frühestens drei Wochen nach Eintreffen am Bestimmungsort amtstierärztlich auf bösartige Faulbrut zu untersuchen; bis zum Abschluß der Untersuchung unterliegen sie der amtlichen Beobachtung. Werden die eingeführten Bienenvölker in einen Bienenstand eingestellt, so gilt die amtliche Beobachtung für alle Völker des Bienenstandes. Die amtliche Beobachtung ist aufzuheben, wenn die amtstierärztliche Untersuchung auf bösartige Faulbrut nicht zur Feststellung der Seuche oder des Verdachts der Seuche geführt hat.

§ 3

3. Während der amtlichen Beobachtung dürfen die Bienenvölker nicht von dem Standort und Bienen, Bienenbrut, Waben, Wabenteile, Wabenabfälle, Wachs, Honig, Futtermittel, Bienenwohnungen und für die Wartung von Bienen benutzte Gerätschaften nicht aus dem Bienenstand entfernt werden.

(1) Der Genehmigung nach § 1 bedarf ferner nicht die Einfuhr von Bienenköniginnen mit ihren Begleitbienen aus europäischen Ländern, wenn sie nachweislich aus einem von der Imkerorganisation oder der für die Bienenzucht zuständigen Behörde des Versandlandes anerkannten Bienenzuchtbetrieb stammen und von einer Gesundheitsbescheinigung begleitet sind, die dem Muster der Anlage 3 entspricht. Als für die Anerkennung von Bienenzuchtbetrieben in den Herkunftsländern zuständig werden nur die Imkerorganisationen und Behörden angesehen, die in der vom Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Bundesanzeiger bekanntgegebenen Liste aufgeführt sind.

(2) Für die nach Absatz 1 eingeführten Bienenköniginnen und ihre Begleitbienen gilt folgendes:

1. Die Bienenköniginnen und ihre Begleitbienen müssen nach der Einfuhrabfertigung unmittelbar zu ihrem Bestimmungsort weitergeleitet werden. Die Zolldienststelle benachrichtigt auf Kosten des Verfügungsberechtigten die zuständige Behörde des Bestimmungsortes fernmündlich, fernschriftlich oder telegrafisch von der Einfuhr unter Angabe der Zahl der Bienenköniginnen. Der Verfügungsberechtigte hat das Eintreffen der Bienenköniginnen am Bestimmungsort der für diesen Ort zuständigen Behörde unter Vorlage der Gesundheitsbescheinigung unverzüglich anzuzeigen.
2. Die mit den Bienenköniginnen eingeführten Begleitbienen sind zu töten und an die von der zuständigen Behörde benannte Untersuchungsstelle einzusenden und auf Milbenseuche untersuchen zu lassen. Bis zum Abschluß dieser Untersuchung unterliegen die Bienenvölker, denen eingeführte Bienenköniginnen zugesetzt wurden, der amtlichen Beobachtung.
3. Während der amtlichen Beobachtung dürfen die Bienenvölker, denen eingeführte Bienenköniginnen zugesetzt wurden, nicht von ihrem Standort entfernt und Veränderungen an den Bienenvölkern nicht vorgenommen werden.

4. Wird durch die Untersuchung der Begleitbienen nach Nummer 2 Milbenseuche festgestellt, so ist das Volk, dem die Bienenkönigin zugesetzt wurde, unverzüglich nach Anweisung des beamteten Tierarztes gegen Milbenseuche zu behandeln.
5. Die amtliche Beobachtung ist aufzuheben, wenn
- a) bei der Untersuchung der Begleitbienen nach Nummer 2 Milbenseuche nicht festgestellt wurde oder
 - b) im Falle der Nummer 4 die Behandlung des Bienenvolkes ordnungsgemäß durchgeführt worden ist.

§ 4

Die Einfuhr von nicht mit Bienen besetzten gebrauchten Bienenwohnungen ist verboten.

§ 5

Bienenvölker mit und ohne Wabenbau, Bienenköniginnen mit ihren Begleitbienen sowie nicht mit Bienen besetzte gebrauchte Bienenwohnungen dürfen durch das Wirtschaftsgebiet nur durchgeführt werden, wenn die Bienenwohnungen oder anderen Transportbehältnisse bienendicht verschlossen sind.

§ 6

Gesundheitsbescheinigungen nach dieser Verordnung sind in deutscher Sprache ausgestellt oder mit einer amtlich beglaubigten deutschen Übersetzung vorzulegen.

§ 7

(1) Veterinärpolizeiliche Genehmigungen nach § 1 sind zu erteilen, wenn eine Einschleppung oder Weiterverbreitung von Bienenseuchen nicht zu befürchten ist. Zuständig für die Erteilung der Genehmigungen sind die obersten Landesbehörden. Die Genehmigungen sind unter den erforderlichen Bedingungen zu erteilen und mit den erforderlichen Auflagen zu verbinden. Dabei ist mindestens zu bestimmen, daß

1. die Voraussetzungen für die Erteilung einer Gesundheitsbescheinigung nach Anlage 1 oder 3 erfüllt sein müssen und dies bei der Einfuhr nachzuweisen ist und
2. auf eingeführte Bienenvölker die Vorschriften des § 2 Abs. 2 und auf eingeführte Bienenköniginnen und ihre Begleitbienen die Vorschriften des § 3 Abs. 2 anzuwenden sind.

(2) Die zuständigen obersten Landesbehörden können wissenschaftlichen Instituten und staatlichen Besamungslaboratorien, die sich mit Bienenforschung oder Bienenzucht befassen, die Einfuhr von Bienenvölkern und Bienenköniginnen abweichend von Absatz 1 Satz 4 genehmigen; die Genehmigungen sind mit der Auflage zu verbinden, daß die Leiter der Institute und Besamungslaboratorien alle geeigneten Maßnahmen zur Verhütung einer Verbreitung von Bienenseuchen veranlassen und für deren Durchführung Sorge tragen.

(3) Die zuständigen obersten Landesbehörden können ferner in Einzelfällen auf Antrag die Einfuhr von Bienenvölkern und Bienenköniginnen abweichend von Absatz 1 Satz 4 Nr. 1 genehmigen, wenn auf andere Weise sichergestellt ist, daß keine Bienenseuchen eingeschleppt oder weiterverbreitet werden.

§ 8

Ordnungswidrig im Sinne des § 76 Abs. 2 Nr. 2 des Viehseuchengesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 1 ein Bienenvolk oder eine Bienenkönigin ohne Genehmigung einführt,
2. entgegen § 2 Abs. 2 Nr. 3 ein Bienenvolk von dem Standort oder Bienen, Bienenbrut, Waben oder einen anderen dort bezeichneten Gegenstand aus dem Bienenstand entfernt,
3. entgegen § 3 Abs. 2 Nr. 3 ein Bienenvolk von dem Standort entfernt,
4. entgegen § 4 eine gebrauchte Bienenwohnung einführt,
5. entgegen § 5 ein Bienenvolk, eine Bienenkönigin oder eine gebrauchte Bienenwohnung durchführt oder
6. einer nach § 7 Abs. 1 Satz 3 für die Einfuhr festgesetzten Auflage zuwiderhandelt.

§ 9

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit Artikel 3 des Gesetzes zur Änderung des Viehseuchengesetzes vom 26. Juli 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 627) auch im Land Berlin.

§ 10

(1) Diese Verordnung tritt drei Monate nach der Verkündung in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten außer Kraft:

1. Die Verordnung über das Verbot der Einfuhr von Bienen vom 15. Juli 1924 (Reichsgesetzbl. I S. 676);

Baden-Württemberg

2. die Verordnung des Innenministeriums über die Ein- und Durchfuhr von Bienen aus dem Ausland vom 24. Mai 1960 (Gesetzblatt für Baden-Württemberg S. 132);

Bayern

3. die Landesverordnung über die Einfuhr von Bienen vom 5. August 1963 (Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt S. 165);

Berlin

4. die Viehseuchenpolizeiliche Anordnung über die Ein- und Durchfuhr von Bienen vom 11. Dezember 1964 (Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin S. 1351);

Hessen

5. die §§ 1, 3 und 5 des Bienenseuchengesetzes vom 27. März 1954 (Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen S. 31), zuletzt geändert durch das Hessische Gesetz zur Anpassung der Straf- und Bußgeldvorschriften an das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) und das Einführungsgesetz zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (EGOWiG) vom 5. Oktober 1970 (Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen I S. 598);
6. die Viehseuchenanordnung zum Schutze gegen die Einschleppung der Milbenseuche der Bienen vom 14. Februar 1956 (Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen S. 3), zuletzt geändert durch das Hessische Gesetz zur Anpassung der Straf- und Bußgeldvorschriften an das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) und das Einführungsgesetz zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (EGOWiG) vom 5. Oktober 1970 (Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen I S. 598);

Nordrhein-Westfalen

7. die Viehseuchenverordnung über die Ein- und Durchfuhr von Bienen aus dem Ausland vom 7. April 1960 (Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen S. 70);

Rheinland-Pfalz

8. die Viehseuchenpolizeiliche Anordnung über die Ein- und Durchfuhr von Bienen aus dem Ausland vom 14. Dezember 1959 (Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Rheinland-Pfalz S. 247);

Saarland

9. die Viehseuchenpolizeiliche Anordnung über die Ein- und Durchfuhr von Bienen aus dem Ausland vom 21. März 1960 (Amtsblatt des Saarlandes S. 210);

Schleswig-Holstein

10. die Verordnung über die Einfuhr und die Durchfuhr von Bienen aus dem Ausland vom 21. Juli 1960 (Gesetz- und Verordnungsblatt für Schleswig-Holstein S. 138).

Bonn, den 6. Dezember 1972

Der Bundesminister
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
J. Ertl

Anlage 1
(zu § 2 Abs. 1)

**Gesundheitsbescheinigung
für die Einfuhr von Bienenvölkern¹⁾**

Versandland:

Ausstellende Behörde (amtlicher Tierarzt):

I. Zahl der Bienenvölker:

II. Herkunft der Bienenvölker:

.....
(Name und Anschrift des Herkunftsbetriebes)

III. Empfänger der Bienenvölker:

.....
(Name und Anschrift)

IV. Angaben über den Gesundheitszustand:

Der Unterzeichnete bescheinigt, daß in dem Herkunftsbetrieb sowie in dessen Umkreis von 2 km während der letzten 12 Monate Milbenseuche (Acariose) oder bösartige Faulbrut nicht zur amtlichen Kenntnis gekommen sind und im Herkunftsbetrieb die folgenden amtlichen Untersuchungen mit negativem Ergebnis durchgeführt wurden:

1. im Laufe des letzten Winters die Untersuchung des Totenfalles auf Milbenseuche und
2. nach Beginn der vor der Ausfuhr liegenden letzten Brutperiode, jedoch längstens 4 Wochen vor der Ausfuhr, die Untersuchung auf bösartige Faulbrut.

V. Diese Bescheinigung ist, vom Tage der Ausstellung an gerechnet, 10 Tage gültig.

Ausgefertigt in am 19.....
(Ort) (Datum)

(Siegel)

Der amtliche Tierarzt

.....
(Unterschrift)

¹⁾ Die Gesundheitsbescheinigung darf einheitlich nur für die Anzahl der Bienenvölker ausgestellt werden, die aus demselben Herkunftsbetrieb stammen und für denselben Empfänger bestimmt sind.

Anlage 2
(zu § 2 Abs. 1)

Gesundheitsbescheinigung
für die Einfuhr vorübergehend ausgeführter Bienenvölker¹⁾

I.

Herkunft und Bestimmung der Bienenvölker (vor der Ausfuhr vom Verfügungsberechtigten der Bienenvölker auszufüllen):

1. Zahl der Bienenvölker:

2. Herkunft der Bienenvölker:

.....
(Name und Anschrift des Herkunftsbetriebes)

3. Vorgesehener Standort der Bienenvölker außerhalb der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West):

.....
(Ort, Land)

II.

Angaben über den Gesundheitszustand (vor der Rückführung der Bienenvölker vom amtlichen Tierarzt des in Abschnitt I Nr. 3 genannten Standortes auszufüllen):

1. Der Unterzeichnete bescheinigt, daß an dem in Abschnitt I Nr. 3 genannten Standort der Bienenvölker sowie in dessen Umkreis von 2 km während der letzten 12 Monate Milbenseuche (Acariose) oder bösartige Faulbrut nicht zur amtlichen Kenntnis gekommen sind.

2. Diese Bescheinigung ist, vom Tage der Ausstellung an gerechnet, 10 Tage gültig.

Ausgefertigt in am 19.....
(Ort) (Datum)

(Siegel)

Der amtliche Tierarzt

.....
(Unterschrift)

Raum für Zollvermerke:

1. Tag der Ausfuhr aus der Bundesrepublik Deutschland: 19..... (Stempel der Zollbehörde)

2. Tag der Einfuhr in die Bundesrepublik Deutschland: 19..... (Stempel der Zollbehörde)

¹⁾ Die Gesundheitsbescheinigung darf einheitlich nur für die Anzahl der Bienenvölker ausgestellt sein, die aus demselben Herkunftsbetrieb im Wirtschaftsgebiet stammen und an denselben Standort außerhalb des Wirtschaftsgebietes verbracht werden.

Hinweis:

Die Einfuhr in das Wirtschaftsgebiet muß gemäß § 2 Abs. 1 der Verordnung nachweislich (Zollvermerke) innerhalb von 3 Monaten nach dem Tage der Ausfuhr aus dem Wirtschaftsgebiet erfolgen.

Anlage 3
(zu § 3 Abs. 1)

**Gesundheitsbescheinigung
für die Einfuhr von Bienenköniginnen mit ihren Begleitbienen¹⁾**

Versandland:

Ausstellende Behörde (amtlicher Tierarzt):

.....

I. Zahl der Bienenköniginnen:

II. Herkunft der Bienenköniginnen:

.....
(Name und Anschrift des Bienenzuchtbetriebes)

III. Empfänger der Bienenköniginnen:

.....
(Name und Anschrift)

IV. Angaben über den Gesundheitszustand:

Der Unterzeichnete bescheinigt, daß

1. der unter II genannte Betrieb von

.....
(Imkerorganisation oder zuständige Behörde des Versandlandes)

als Zuchtbetrieb anerkannt ist und die Bienen aus diesem Betrieb stammen;

2. in dem Herkunftsbetrieb sowie in dessen Umkreis von 2 km während der letzten 12 Monate Milbenseuche (Acariose) oder bösartige Faulbrut nicht zur amtlichen Kenntnis gekommen sind und im Herkunftsbetrieb die folgenden amtlichen Untersuchungen mit negativem Ergebnis durchgeführt wurden:

a) im Laufe des letzten Winters die Untersuchung des Totenfalles auf Milbenseuche und

b) nach Beginn der Brutperiode und vor Beginn der Aufzucht der Bienenköniginnen, jedoch längstens 3 Monate vor der Ausfuhr, die Untersuchung auf bösartige Faulbrut.

V. Diese Bescheinigung ist, vom Tage der Ausstellung an gerechnet, 10 Tage gültig.

Ausgefertigt in am 19.....
(Ort) (Datum)

(Siegel)

Der amtliche Tierarzt

.....
(Unterschrift)

¹⁾ Die Gesundheitsbescheinigung darf einheitlich nur für die Anzahl der Bienenköniginnen ausgestellt werden, die aus demselben Bienenzuchtbetrieb stammen und für denselben Empfänger bestimmt sind.

**Zehnte Verordnung
zur Änderung der Ersten Verordnung
zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes
und
Elfte Verordnung
zur Änderung der Zweiten und Dritten Verordnung
zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes
Vom 7. Dezember 1972**

Auf Grund der §§ 27, 42, 126 und 166 b des Bundesentschädigungsgesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 29. Juni 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 559, 562), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Vorschriften über die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in der Sozialversicherung vom 22. Dezember 1970 (Bundesgesetzbl. I S. 1846), verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

Artikel 1

Änderung der 1. DV-BEG

Die Erste Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes (1. DV-BEG) in der Fassung der Verordnung vom 13. April 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 292, 393), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 20. Dezember 1971 (Bundesgesetzbl. I S. 2030), wird wie folgt geändert:

1. § 13 Abs. 5 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„(5) Erzielte und erzielbare Einkünfte werden nur insoweit berücksichtigt, als sie den Betrag von 150 Deutsche Mark, ab 1. September 1965 von 200 Deutsche Mark, ab 1. September 1969 von 250 Deutsche Mark und ab 1. Januar 1972 von 300 Deutsche Mark monatlich übersteigen.“

2. § 21 a erhält folgende Fassung:

„§ 21 a

Der monatliche Mindestbetrag der Rente beträgt für

	vom 1. 1. 1966 bis 30. 9. 1966	vom 1. 10. 1966 bis 30. 6. 1968	vom 1. 7. 1968 bis 31. 3. 1969	vom 1. 4. 1969 bis 31. 8. 1969	vom 1. 9. 1969 bis 31. 12. 1970	vom 1. 1. 1971 bis 31. 12. 1971	ab 1. 1. 1972
die Witwe	304 DM	316 DM	329 DM	345 DM	373 DM	418 DM	451 DM
den Witwer	304 DM	316 DM	329 DM	345 DM	373 DM	418 DM	451 DM
die Vollwaise	153 DM	159 DM	165 DM	173 DM	187 DM	209 DM	226 DM
die erste und zweite Halbwaise							
wenn keine Rente für die Witwe oder den Witwer gezahlt wird, je	115 DM	120 DM	125 DM	131 DM	141 DM	158 DM	171 DM
wenn eine Rente für die Witwe oder den Witwer gezahlt wird, je	85 DM	88 DM	92 DM	96 DM	104 DM	116 DM	125 DM
die dritte und jede folgende Halbwaise je	76 DM	79 DM	82 DM	86 DM	93 DM	104 DM	112 DM
den elternlosen Enkel die Eltern oder Adoptiveltern zusammen	153 DM	159 DM	165 DM	173 DM	187 DM	209 DM	226 DM
einen überlebenden Eltern- oder Adoptiv- elternteil	229 DM	238 DM	248 DM	260 DM	281 DM	315 DM	340 DM
	153 DM	159 DM	165 DM	173 DM	187 DM	209 DM	226 DM.

3. Die Besoldungsübersicht (Anlage 1 zu § 10) erhält die nachfolgende Fassung:

„Anlage 1
(zu § 10 der 1. DV-BEG)

Besoldungsübersicht

Vergleichbarer Dienst		Einfacher Dienst	Mittlerer Dienst	Gehobener Dienst	Höherer Dienst
1. Ruhegehaltfähige jährliche Dienstbezüge	bis 30. 9. 1951	3 100	4 300	6 800	11 000
	bis 31. 3. 1953	3 596	4 988	7 888	12 760
	bis 31. 12. 1955	4 092	5 676	8 976	14 520
	bis 31. 3. 1957	4 464	6 192	9 792	15 840
	bis 31. 5. 1960	5 148	7 084	10 944	17 480
	bis 31. 12. 1960	5 508	7 580	11 710	18 529
	bis 30. 6. 1962	5 949	8 186	12 647	19 826
	bis 28. 2. 1963	6 306	8 677	13 279	20 817
	bis 30. 9. 1964	6 876	8 677	13 279	20 817
	bis 31. 8. 1965	7 426	9 371	14 209	22 274
	bis 31. 12. 1965	8 400	10 092	15 756	23 250
	bis 30. 9. 1966	8 736	10 496	16 386	24 180
	bis 30. 6. 1968	9 085	10 916	17 041	24 905
	bis 31. 3. 1969	9 448	11 353	17 723	25 777
	bis 31. 8. 1969	10 848	13 629	19 878	27 887
	bis 31. 12. 1970	12 115	15 108	21 738	29 995
	bis 31. 12. 1971	13 440	17 505	23 983	34 178
ab 1. 1. 1972	14 563	18 919	25 818	35 960	
2. Unfallruhegehalt (66 $\frac{2}{3}$ % aus Nr. 1)	bis 30. 9. 1951	2 067	2 867	4 534	7 334
	bis 31. 3. 1953	2 398	3 326	5 259	8 507
	bis 31. 12. 1955	2 728	3 784	5 984	9 680
	bis 31. 3. 1957	2 976	4 128	6 528	10 560
	bis 31. 5. 1960	3 432	4 723	7 296	11 653
	bis 31. 12. 1960	3 672	5 054	7 806	12 353
	bis 30. 6. 1962	3 966	5 458	8 432	13 218
	bis 28. 2. 1963	4 204	5 785	8 853	13 878
	bis 30. 9. 1964	4 584	5 785	8 853	13 878
	bis 31. 8. 1965	4 951	6 247	9 473	14 849
	bis 31. 12. 1965	5 600	6 728	10 504	15 500
	bis 30. 9. 1966	5 824	6 997	10 924	16 120
	bis 30. 6. 1968	6 057	7 277	11 361	16 603
	bis 31. 3. 1969	6 299	7 568	11 815	17 184
	bis 31. 8. 1969	7 232	9 086	13 252	18 591
	bis 31. 12. 1970	8 077	10 072	14 492	19 997
	bis 31. 12. 1971	8 959	11 669	15 987	22 783
ab 1. 1. 1972	9 709	12 613	17 212	23 973	
3. Witwengeld (60 % aus Nr. 2)	bis 30. 9. 1951	1 500	1 720	2 720	4 400
	bis 31. 3. 1953	1 500	1 996	3 155	5 104
	bis 31. 12. 1955	1 637	2 270	3 590	5 808
	bis 31. 3. 1957	1 786	2 477	3 917	6 336
	bis 31. 5. 1960	2 059	2 834	4 378	6 992
	bis 31. 12. 1960	2 204	3 032	4 684	7 412
	bis 30. 6. 1962	2 380	3 275	5 059	7 931
	bis 28. 2. 1963	2 522	3 471	5 312	8 327
	bis 30. 9. 1964	2 750	3 471	5 312	8 327
	bis 31. 8. 1965	2 971	3 748	5 684	8 909
	bis 31. 12. 1965	3 360	4 037	6 302	9 300
	bis 30. 9. 1966	3 494	4 198	6 554	9 672
	bis 30. 6. 1968	3 634	4 366	6 817	9 962
	bis 31. 3. 1969	3 779	4 541	7 089	10 311
	bis 31. 8. 1969	4 339	5 452	7 951	11 155
	bis 31. 12. 1970	4 846	6 043	8 695	11 998
	bis 31. 12. 1971	5 376	7 008	9 600	13 668
ab 1. 1. 1972	5 832	7 572	10 332	14 388	

Vergleichbarer Dienst		Einfacher Dienst	Mittlerer Dienst	Gehobener Dienst	Höherer Dienst
4. Waisengeld (30 % aus Nr. 2)	bis 30. 9. 1951	620	860	1 360	2 200
	bis 31. 3. 1953	719	998	1 578	2 552
	bis 31. 12. 1955	818	1 135	1 795	2 904
	bis 31. 3. 1957	893	1 238	1 958	3 168
	bis 31. 5. 1960	1 030	1 417	2 189	3 496
	bis 31. 12. 1960	1 102	1 516	2 342	3 706
	bis 30. 6. 1962	1 190	1 637	2 530	3 965
	bis 28. 2. 1963	1 261	1 736	2 656	4 163
	bis 30. 9. 1964	1 375	1 736	2 656	4 163
	bis 31. 8. 1965	1 485	1 874	2 842	4 455
	bis 31. 12. 1965	1 680	2 018	3 151	4 650
	bis 30. 9. 1966	1 747	2 099	3 277	4 836
	bis 30. 6. 1968	1 817	2 183	3 408	4 981
	bis 31. 3. 1969	1 890	2 271	3 545	5 155
	bis 31. 8. 1969	2 170	2 726	3 976	5 577
	bis 31. 12. 1970	2 423	3 022	4 348	5 999
	bis 31. 12. 1971	2 688	3 504	4 800	6 840
	ab 1. 1. 1972	2 916	3 792	5 172	7 200."

Artikel 2

Anderung der 2. DV-BEG

Die Zweite Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes (2. DV-BEG) in der Fassung der Verordnung vom 31. März 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 285), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 20. Dezember 1971 (Bundesgesetzbl. I S. 2034), wird wie folgt geändert:

1. § 15 Abs. 5 erhält folgende Fassung:

„(5) Erzielte und erzielbare Einkünfte werden nur insoweit berücksichtigt, als sie den Betrag von 150 Deutsche Mark, ab 1. September 1965 von 200 Deutsche Mark, ab 1. September 1969 von 250 Deutsche Mark und ab 1. Januar 1972 von 300 Deutsche Mark monatlich übersteigen.“

2. § 15a Abs. 1 Satz 2 1. Halbsatz erhält folgende Fassung:

„Der Zuschlag nach Nummer 1 entfällt, wenn der Ehegatte oder die sonstige unterhaltsberechtigzte Person ein eigenes Einkommen von mindestens 300 Deutsche Mark, ab 1. Januar 1972 von mindestens 400 Deutsche Mark monatlich hat;“

3. § 21 a erhält folgende Fassung:

„§ 21 a

Erhöhung der monatlichen Mindestbeträge der Rente
(§ 32 Abs. 1 des Bundesentschädigungsgesetzes)

Der monatliche Mindestbetrag der Rente beträgt bei einer Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit

	vom 1. 1. 1966 bis 30. 9. 1966	vom 1. 10. 1966 bis 30. 6. 1968	vom 1. 7. 1968 bis 31. 3. 1969	vom 1. 4. 1969 bis 31. 8. 1969	vom 1. 9. 1969 bis 31. 12. 1970	vom 1. 1. 1971 bis 31. 12. 1971	ab 1. 1. 1972
von 25 bis 39 v. H.	153 DM	159 DM	165 DM	173 DM	187 DM	209 DM	226 DM
von 40 bis 49 v. H.	191 DM	199 DM	207 DM	217 DM	234 DM	262 DM	283 DM
von 50 bis 59 v. H.	229 DM	238 DM	248 DM	260 DM	281 DM	315 DM	340 DM
von 60 bis 69 v. H.	266 DM	277 DM	288 DM	302 DM	326 DM	365 DM	394 DM
von 70 bis 79 v. H.	304 DM	316 DM	329 DM	345 DM	373 DM	418 DM	451 DM
von 80 und mehr v. H.	380 DM	395 DM	411 DM	431 DM	465 DM	521 DM	563 DM."

4. § 21 b erhält folgende Fassung:

„§ 21 b

Erhöhung der monatlichen Mindestbeträge der Rente
(§ 32 Abs. 2 des Bundesentschädigungsgesetzes)

Der monatliche Mindestbetrag der Rente beträgt

vom 1. 1. 1966 bis 30. 9. 1966	vom 1. 10. 1966 bis 30. 6. 1968	vom 1. 7. 1968 bis 31. 3. 1969	vom 1. 4. 1969 bis 31. 8. 1969	vom 1. 9. 1969 bis 31. 12. 1970	vom 1. 1. 1971 bis 31. 12. 1971	ab 1. 1. 1972
354 DM	368 DM	383 DM	401 DM	433 DM	485 DM	524 DM."

5. Die Besoldungsübersicht (Anlage zu §§ 13 und 14) erhält folgende Fassung:

„Anlage
(zu den §§ 13 und 14 der 2. DV-BEG)

Besoldungsübersicht

Lebensalter gemäß § 13 Abs. 2 oder § 14 Abs. 2		bis zum vollendeten 25. Lebens- jahr	ab voll- endetem 25. Lebens- jahr	ab voll- endetem 30. Lebens- jahr	ab voll- endetem 35. Lebens- jahr	ab voll- endetem 40. Lebens- jahr	ab voll- endetem 45. Lebens- jahr	ab voll- endetem 50. Lebens- jahr	ab voll- endetem 55. Lebens- jahr
1. Dienst Einkommen jährlich Einfacher Dienst	bis 30. 9. 1951	2 400	2 400	2 550	2 700	2 850	3 000	3 150	3 300
	bis 31. 3. 1953	2 784	2 784	2 958	3 132	3 306	3 480	3 654	3 828
	bis 31. 12. 1955	3 168	3 168	3 366	3 564	3 762	3 960	4 158	4 356
	bis 31. 3. 1957	3 456	3 456	3 672	3 888	4 104	4 320	4 536	4 752
	bis 31. 5. 1960	4 212	4 212	4 446	4 680	4 914	5 148	5 148	5 148
	bis 31. 12. 1960	4 507	4 507	4 757	5 008	5 258	5 508	5 508	5 508
	bis 30. 6. 1962	4 868	4 868	5 138	5 409	5 679	5 949	5 949	5 949
	bis 28. 2. 1963	5 160	5 160	5 446	5 734	6 020	6 306	6 306	6 306
	bis 30. 9. 1964	5 160	5 160	5 472	5 784	6 096	6 408	6 720	6 876
	bis 31. 8. 1965	5 573	5 573	5 910	6 247	6 584	6 921	7 258	7 426
	bis 31. 12. 1965	6 108	6 490	6 872	7 254	7 636	8 018	8 400	8 400
	bis 30. 9. 1966	6 352	6 750	7 147	7 544	7 941	8 339	8 736	8 736
	bis 30. 6. 1968	6 606	7 020	7 433	7 846	8 259	8 673	9 085	9 085
	bis 31. 3. 1969	6 870	7 301	7 730	8 160	8 589	9 020	9 448	9 448
	bis 31. 8. 1969	8 040	8 604	9 168	9 732	10 284	10 848		
bis 31. 12. 1970	9 108	9 708	10 308	10 920	11 520	12 120			
bis 31. 12. 1971	10 236	10 872	11 520	12 156	12 804	13 440			
ab 1. 1. 1972	11 220	11 892	12 552	13 224	13 896	14 568			
2. Dienst Einkommen jährlich Mittlerer Dienst	bis 30. 9. 1951	2 800	2 800	3 100	3 400	3 700	4 000	4 300	4 600
	bis 31. 3. 1953	3 248	3 248	3 596	3 944	4 292	4 640	4 988	5 336
	bis 31. 12. 1955	3 696	3 696	4 092	4 488	4 884	5 280	5 676	6 072
	bis 31. 3. 1957	4 032	4 032	4 464	4 896	5 328	5 760	6 192	6 624
	bis 31. 5. 1960	4 774	4 774	5 236	5 698	6 160	6 622	7 084	7 084
	bis 31. 12. 1960	5 108	5 108	5 603	6 097	6 591	7 086	7 580	7 580
	bis 30. 6. 1962	5 517	5 517	6 051	6 585	7 118	7 653	8 186	8 186
	bis 28. 2. 1963	5 848	5 848	6 414	6 980	7 545	8 112	8 677	8 677
	bis 30. 9. 1964	6 120	6 120	6 552	6 980	7 545	8 112	8 677	8 677
	bis 31. 8. 1965	6 610	6 610	7 076	7 538	8 149	8 761	9 371	9 371
	bis 31. 12. 1965	7 176	7 662	8 148	8 634	9 120	9 606	10 092	10 092
	bis 30. 9. 1966	7 463	7 968	8 474	8 979	9 485	9 990	10 496	10 496
	bis 30. 6. 1968	7 762	8 287	8 813	9 338	9 864	10 390	10 916	10 916
	bis 31. 3. 1969	8 072	8 618	9 166	9 712	10 259	10 806	11 353	11 353
	bis 31. 8. 1969	8 664	9 660	10 656	11 652	12 636	13 632		
bis 31. 12. 1970	9 780	10 848	11 916	12 984	14 052	15 108			
bis 31. 12. 1971	11 064	12 348	13 644	14 928	16 212	17 508			
ab 1. 1. 1972	12 216	13 548	14 892	16 236	17 580	18 924			
3. Dienst Einkommen jährlich Gehobener Dienst	bis 30. 9. 1951	3 600	3 600	4 200	4 800	5 400	6 000	6 600	7 200
	bis 31. 3. 1953	4 176	4 176	4 872	5 568	6 264	6 960	7 656	8 352
	bis 31. 12. 1955	4 752	4 752	5 544	6 336	7 128	7 920	8 712	9 504
	bis 31. 3. 1957	5 184	5 184	6 048	6 912	7 776	8 640	9 504	10 368
	bis 31. 5. 1960	5 928	5 928	6 840	7 752	8 664	9 576	10 488	10 944
	bis 31. 12. 1960	6 343	6 343	7 319	8 295	9 270	10 246	11 222	11 710
	bis 30. 6. 1962	6 850	6 850	7 905	8 959	10 012	11 066	12 120	12 647
	bis 28. 2. 1963	7 261	7 261	8 379	9 497	10 613	11 730	12 726	13 279
	bis 30. 9. 1964	7 661	7 661	8 379	9 497	10 613	11 730	12 726	13 279
	bis 31. 8. 1965	8 274	8 274	9 049	10 257	11 356	12 551	13 617	14 209
bis 31. 12. 1965	9 684	10 587	11 490	12 393	13 296	14 198	15 100	15 100	

Lebensalter gemäß § 13 Abs. 2 oder § 14 Abs. 2	bis zum vollendetem 25. Lebens- jahr	ab voll- endetem 25. Lebens- jahr	ab voll- endetem 30. Lebens- jahr	ab voll- endetem 35. Lebens- jahr	ab voll- endetem 40. Lebens- jahr	ab voll- endetem 45. Lebens- jahr	ab voll- endetem 50. Lebens- jahr	ab voll- endetem 55. Lebens- jahr	
bis 30. 9. 1966	10 071	11 010	11 950	12 889	13 828	14 766	15 704	15 704	
bis 30. 6. 1968	10 474	11 450	12 428	13 405	14 381	15 357	16 332	16 332	
bis 31. 3. 1969	10 893	11 908	12 925	13 941	14 956	15 971	16 985	16 985	
bis 31. 8. 1969	11 832	13 272	14 712	16 152	17 592	19 032			
bis 31. 12. 1970	13 056	14 580	16 092	17 616	19 128	20 652			
bis 31. 12. 1971	14 700	16 272	17 844	19 404	20 976	22 548			
ab 1. 1. 1972	16 152	17 784	19 404	21 024	22 644	24 264			
4. Dienst Einkommen									
jährlich	bis 30. 9. 1951	4 900	4 900	6 000	7 100	8 200	9 300	10 400	11 500
	bis 31. 3. 1953	5 684	5 684	6 960	8 236	9 512	10 788	12 064	13 340
Höherer Dienst	bis 31. 12. 1955	6 468	6 468	7 920	9 372	10 824	12 276	13 728	15 180
	bis 31. 3. 1957	7 056	7 056	8 640	10 224	11 808	13 392	14 976	16 560
	bis 31. 5. 1960	7 448	7 448	9 120	10 792	12 464	14 136	15 808	17 480
	bis 31. 12. 1960	7 969	7 969	9 758	11 547	13 212	14 984	16 756	18 529
	bis 30. 6. 1962	8 607	8 607	10 539	12 471	14 137	16 033	17 929	19 826
	bis 30. 9. 1964	9 123	9 123	11 171	13 095	14 844	16 835	18 825	20 817
	bis 31. 8. 1965	9 853	9 853	11 953	14 012	15 883	18 013	20 143	22 274
	bis 31. 12. 1965	13 994	15 177	16 360	17 543	18 726	19 909	21 092	22 274
	bis 30. 9. 1966	14 554	15 784	17 014	18 245	19 475	20 705	21 936	23 165
	bis 30. 6. 1968	15 136	16 415	17 695	18 975	20 254	21 326	22 594	23 860
	bis 31. 3. 1969	15 741	17 072	18 403	19 734	20 963	22 072	23 385	24 695."
	bis 31. 8. 1969	16 704	18 372	20 040	21 708	23 364	25 032	26 700	
	bis 31. 12. 1970	18 144	19 872	21 612	23 352	25 080	26 820	28 560	
	bis 31. 12. 1971	19 908	22 044	24 180	26 316	28 452	30 588	32 724	
	ab 1. 1. 1972	21 564	23 688	25 824	27 960	30 084	32 220	34 356	

Artikel 3

Anderung der 3. DV-BEG

Die Dritte Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes (3. DV-BEG) in der Fassung der Verordnung vom 28. April 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 300), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 20. Dezember 1971 (Bundesgesetzbl. I S. 2037), wird wie folgt geändert:

1. § 22 a erhält folgende Fassung:

„§ 22 a

Erhöhung des monatlichen Höchstbetrages der Rente
(§ 83 Abs. 2 des Bundesentschädigungsgesetzes)

Der monatliche Höchstbetrag der Rente beträgt

vom 1. 10. 1966 bis 30. 6. 1968	vom 1. 7. 1968 bis 31. 3. 1969	vom 1. 4. 1969 bis 31. 8. 1969	vom 1. 9. 1969 bis 31. 12. 1970	vom 1. 1. 1971 bis 31. 12. 1971	ab 1. 1. 1972
1 030 DM	1 066 DM	1 112 DM	1 190 DM	1 309 DM	1 374 DM."

2. § 24 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Der monatliche Freibetrag nach § 85 Abs. 2 Satz 2 des Bundesentschädigungsgesetzes beträgt

vom 1. 1. 1968 bis 30. 9. 1966	vom 1. 10. 1966 bis 30. 6. 1968	vom 1. 7. 1968 bis 31. 3. 1969	vom 1. 4. 1969 bis 31. 8. 1969	vom 1. 9. 1969 bis 31. 12. 1970	vom 1. 1. 1971 bis 31. 12. 1971	ab 1. 1. 1972
240 DM	250 DM	260 DM	272 DM	294 DM	329 DM	355 DM."

3. § 33 Abs. 4 wird durch folgenden Satz 7 ergänzt:

„Die sich nach Satz 6 ergebenden Rentenbeträge bis 900 Deutsche Mark monatlich werden ab 1. Januar 1972 um weitere 8 v. H. erhöht; Rentenbeträge ab 901 Deutsche Mark monatlich werden ab 1. Januar 1972 um 5 v. H., mindestens jedoch um einen monatlichen Betrag von 72 Deutsche Mark erhöht, wobei jedoch der Höchstbetrag von 1 374 Deutsche Mark nicht überschritten werden darf.“

4. § 33 a erhält folgende Fassung:

„§ 33 a

Erhöhung des monatlichen Höchstbetrages der Rente
(§ 95 Abs. 1 des Bundesentschädigungsgesetzes)

Der monatliche Höchstbetrag der Rente beträgt

vom 1. 10. 1966 bis 30. 6. 1968	vom 1. 7. 1968 bis 31. 3. 1969	vom 1. 4. 1969 bis 31. 8. 1969	vom 1. 9. 1969 bis 31. 12. 1970	vom 1. 1. 1971 bis 31. 12. 1971	ab 1. 1. 1972
1 030 DM	1 066 DM	1 112 DM	1 190 DM	1 309 DM	1 374 DM.

5. § 34 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Die monatlichen Freibeträge nach § 95 Abs. 3 des Bundesentschädigungsgesetzes betragen für

vom 1. 1. 1966 bis 30. 9. 1966	vom 1. 10. 1966 bis 30. 6. 1968	vom 1. 7. 1968 bis 31. 3. 1969	vom 1. 4. 1969 bis 31. 8. 1969	vom 1. 9. 1969 bis 31. 12. 1970	vom 1. 1. 1971 bis 31. 12. 1971	ab 1. 1. 1972
---	--	---	---	--	--	------------------

den unverheirateten Verfolgten	415DM	430DM	447DM	468DM	505DM	566DM	611DM
den verheirateten Verfolgten	520DM	540DM	562DM	589DM	636DM	712DM	769DM
jedes kinderzu- schlagsberechtigte Kind	42DM	45DM	47DM	49DM	53DM	59DM	64DM.

6. § 35 Abs. 3 bis 5 erhält folgende Fassung:

„(3) Im Falle des § 97 Abs. 2 des Bundesentschädigungsgesetzes werden die in § 95 Abs. 3 des Bundesentschädigungsgesetzes genannten Beträge für die Witwe oder den Witwer durch folgende Beträge ersetzt:

bis 31. Dezember 1960	260 Deutsche Mark,
bis 30. September 1964	310 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1965	360 Deutsche Mark,
bis 30. September 1966	375 Deutsche Mark,
bis 30. Juni 1968	390 Deutsche Mark,
bis 31. März 1969	406 Deutsche Mark,
bis 31. August 1969	425 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1970	459 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1971	514 Deutsche Mark,
ab 1. Januar 1972	555 Deutsche Mark.

Diese Beträge erhöhen sich für jedes Kind, für das nach Beamtenrecht Kinderzuschläge gewährt werden können,

bis 31. Dezember 1960 um	20 Deutsche Mark,
bis 30. September 1964 um	30 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1965 um	40 Deutsche Mark,
bis 30. September 1966 um	42 Deutsche Mark,
bis 30. Juni 1968 um	45 Deutsche Mark,
bis 31. März 1969 um	47 Deutsche Mark,
bis 31. August 1969 um	49 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1970 um	53 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1971 um	59 Deutsche Mark,
ab 1. Januar 1972 um	64 Deutsche Mark.

(4) Haben neben der Witwe oder dem Witwer auch Kinder Anspruch auf Rente, so treten für jedes Kind an die Stelle der in § 95 Abs. 3 des Bundesentschädigungsgesetzes genannten Beträge folgende Beträge:

bis 31. Dezember 1960	100 Deutsche Mark,
bis 30. September 1964	110 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1965	130 Deutsche Mark,
bis 30. September 1966	135 Deutsche Mark,

bis 30. Juni 1968	140 Deutsche Mark,
bis 31. März 1969	146 Deutsche Mark,
bis 31. August 1969	153 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1970	165 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1971	185 Deutsche Mark,
ab. 1. Januar 1972	200 Deutsche Mark.

(5) Haben nur die Kinder Anspruch auf Rente, so treten für jedes Kind an die Stelle der in Absatz 4 genannten Beträge folgende Beträge:

bis 31. Dezember 1960	120 Deutsche Mark,
bis 30. September 1964	140 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1965	170 Deutsche Mark,
bis 30. September 1966	177 Deutsche Mark,
bis 30. Juni 1968	185 Deutsche Mark,
bis 31. März 1969	192 Deutsche Mark,
bis 31. August 1969	201 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1970	217 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1971	243 Deutsche Mark,
ab 1. Januar 1972	262 Deutsche Mark."

7. § 38a erhält folgende Fassung:

„§ 38a

(1) Der Monatsbetrag der Rente nach § 156 Abs. 3 des Bundesentschädigungsgesetzes beträgt

ab 1. 1. 1966	ab 1. 10. 1966	ab 1. 7. 1968	ab 1. 4. 1969	ab 1. 9. 1969	ab 1. 1. 1971	ab 1. 1. 1972
260 DM	270 DM	281 DM	294 DM	318 DM	356 DM	384 DM

(2) Der Monatsbetrag der Rente nach § 157 Abs. 2 Satz 1 des Bundesentschädigungsgesetzes beträgt

ab 1. 1. 1966	ab 1. 10. 1966	ab 1. 7. 1968	ab 1. 4. 1969	ab 1. 9. 1969	ab 1. 1. 1971	ab 1. 1. 1972
198 DM	206 DM	214 DM	224 DM	242 DM	271 DM	293 DM

(3) Der Monatsbetrag der Rente nach § 157 Abs. 2 Satz 2 des Bundesentschädigungsgesetzes beträgt

ab 1. 1. 1966	ab 1. 10. 1966	ab 1. 7. 1968	ab 1. 4. 1969	ab 1. 9. 1969	ab 1. 1. 1971	ab 1. 1. 1972
99 DM	103 DM	107 DM	112 DM	121 DM	136 DM	147 DM."

8. Die Besoldungsübersicht (Anlage 4 zu den §§ 15 und 17) erhält die nachstehende Fassung:

„Anlage 4
(zu den §§ 15 und 17 der 3. DV-BEG)

Besoldungsübersicht

1. Einfacher Dienst

Erreichbare Dienstbezüge		Bis zum	Bis zum	Bis zum	Ab
		vollendeten 35. Lebensjahr	vollendeten 45. Lebensjahr	vollendeten 55. Lebensjahr	vollendetem 55. Lebensjahr
	bis 30. 9. 1951	2 700	3 000	3 300	3 450
	bis 31. 3. 1953	3 132	3 480	3 828	4 002
	bis 31. 12. 1955	3 564	3 960	4 356	4 554
	bis 31. 3. 1957	3 888	4 320	4 752	4 968
	bis 31. 5. 1960	4 680	4 914	5 148	5 244
	bis 31. 12. 1960	5 008	5 258	5 508	5 611
	bis 30. 6. 1962	5 409	5 679	5 949	6 060
	bis 28. 2. 1963	5 734	6 020	6 306	6 424
	bis 30. 9. 1964	5 784	6 096	6 720	6 876
	bis 31. 8. 1965	6 247	6 584	7 258	7 426

	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 50. Lebensjahr	Ab vollendetem 50. Lebensjahr
bis 31. 12. 1965	6 872	7 636	8 018	8 400
bis 30. 9. 1966	7 147	7 941	8 339	8 736
bis 30. 6. 1968	7 433	8 259	8 673	9 085
bis 31. 3. 1969	7 730	8 589	9 020	9 448

	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Ab vollendetem 45. Lebensjahr
bis 31. 8. 1969	9 162	10 284	10 848
bis 31. 12. 1970	10 306	11 512	12 115
bis 31. 12. 1971	11 516	12 798	13 440
ab 1. 1. 1972	12 555	13 893	14 563

2. Mittlerer Dienst

Erreichbare Dienstbezüge	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 55. Lebensjahr	Ab vollendetem 55. Lebensjahr
bis 30. 9. 1951	3 400	4 000	4 600	4 900
bis 31. 3. 1953	3 944	4 640	5 336	5 684
bis 31. 12. 1955	4 488	5 280	6 072	6 468
bis 31. 3. 1957	4 896	5 760	6 624	7 056
bis 31. 5. 1960	5 698	6 622	7 084	7 448
bis 31. 12. 1960	6 097	7 086	7 580	7 969
bis 30. 6. 1962	6 585	7 653	8 186	8 607
bis 30. 9. 1964	6 980	8 112	8 677	9 123
bis 31. 8. 1965	7 538	8 761	9 371	9 853

	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 50. Lebensjahr	Ab vollendetem 50. Lebensjahr
bis 31. 12. 1965	8 148	9 120	9 606	10 092
bis 30. 9. 1966	8 474	9 485	9 990	10 496
bis 30. 6. 1968	8 813	9 864	10 390	10 916
bis 31. 3. 1969	9 166	10 259	10 806	11 353

	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Ab vollendetem 45. Lebensjahr
bis 31. 8. 1969	10 650	12 636	13 629
bis 31. 12. 1970	11 907	14 041	15 108
bis 31. 12. 1971	13 640	16 216	17 505
ab 1. 1. 1972	14 894	17 578	18 919

3. Gehobener Dienst

Erreichbare Dienstbezüge	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 55. Lebensjahr	Ab vollendetem 55. Lebensjahr
bis 30. 9. 1951	4 800	6 000	7 200	7 800
bis 31. 3. 1953	5 568	6 960	8 352	9 048
bis 31. 12. 1955	6 336	7 920	9 504	10 296

	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 55. Lebensjahr	Ab vollendetem 55. Lebensjahr
bis 31. 3. 1957	6 912	8 640	10 368	11 232
bis 31. 5. 1960	7 752	9 576	10 944	11 700
bis 31. 12. 1960	8 295	10 246	11 710	12 519
bis 30. 6. 1962	8 959	11 066	12 647	13 395
bis 30. 9. 1964	9 497	11 730	13 279	14 065
bis 31. 8. 1965	10 257	12 551	14 209	15 050

	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 50. Lebensjahr	Ab vollendetem 50. Lebensjahr
bis 31. 12. 1965	11 490	13 296	14 198	15 100
bis 30. 9. 1966	11 950	13 828	14 766	15 704
bis 30. 6. 1968	12 428	14 381	15 357	16 332
bis 31. 3. 1969	12 925	14 956	15 971	16 985

	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Ab vollendetem 45. Lebensjahr
bis 31. 8. 1969	14 712	17 592	19 032
bis 31. 12. 1970	16 095	19 131	20 649
bis 31. 12. 1971	17 838	20 976	22 544
ab 1. 1. 1972	19 401	22 647	24 269

4. Höherer Dienst

	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 55. Lebensjahr	Ab vollendetem 55. Lebensjahr
Erreichbare Dienstbezüge bis 30. 9. 1951	7 100	9 300	11 500	12 600
bis 31. 3. 1953	8 236	10 788	13 340	14 616
bis 31. 12. 1955	9 372	12 276	15 180	16 632
bis 31. 3. 1957	10 224	13 392	16 560	18 144
bis 31. 5. 1960	10 792	14 136	17 480	18 900
bis 31. 12. 1960	11 547	14 984	18 529	20 034
bis 30. 6. 1962	12 471	16 033	19 826	21 436
bis 30. 9. 1964	13 095	16 835	20 817	22 508
bis 31. 8. 1965	14 012	18 013	22 274	24 084
bis 31. 12. 1965	16 360	18 726	22 274	24 084
bis 30. 9. 1966	17 014	19 475	23 165	24 084
bis 30. 6. 1968	17 695	20 254	23 860	24 720
bis 31. 3. 1969	18 403	20 963	24 695	25 585

	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 50. Lebensjahr	Ab vollendetem 50. Lebensjahr
bis 31. 8. 1969	20 036	23 368	25 034	26 700
bis 31. 12. 1970	21 614	25 088	26 825	28 562
bis 31. 12. 1971	24 177	28 451	30 588	32 724
ab 1. 1. 1972	25 825	30 089	32 221	34 353.*

9. Die Besoldungsübersicht (Anlage 5 c zu § 22) erhält die nachstehende Fassung:

„Anlage 5 c
(zu § 22 der 3. DV-BEG)Besoldungsübersicht
Rente

Lebensalter am 1. 10. 1953		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Ab vollendetem 45. Lebensjahr
1. Einfacher Dienst				
1. Dienstekommen jährlich	bis 31. 8. 1969	9 162	10 284	10 848
	bis 31. 12. 1970	10 306	11 512	12 115
	bis 31. 12. 1971	11 516	12 798	13 440
	ab 1. 1. 1972	12 555	13 893	14 563
2. Versorgungsbezüge jährlich	bis 31. 8. 1969	4 123	6 685	7 919
	bis 31. 12. 1970	4 638	7 483	8 844
	bis 31. 12. 1971	5 182	8 319	9 811
	ab 1. 1. 1972	5 650	9 030	10 631
3. Jahresrente ($\frac{2}{3}$ aus Nr. 2)	bis 31. 8. 1969	2 748	4 452	5 280
	bis 31. 12. 1970	3 096	4 992	5 892
	bis 31. 12. 1971	3 456	5 544	6 540
	ab 1. 1. 1972	3 768	6 024	7 092
4. Monatsrente	bis 31. 8. 1969	229	371	440
	bis 31. 12. 1970	258	416	491
	bis 31. 12. 1971	288	462	545
	ab 1. 1. 1972	314	502	591
2. Mittlerer Dienst				
1. Dienstekommen jährlich	bis 31. 8. 1969	10 650	12 636	13 629
	bis 31. 12. 1970	11 907	14 041	15 108
	bis 31. 12. 1971	13 640	16 216	17 505
	ab 1. 1. 1972	14 894	17 578	18 919
2. Versorgungsbezüge jährlich	bis 31. 8. 1969	4 793	8 213	9 949
	bis 31. 12. 1970	5 358	9 127	11 029
	bis 31. 12. 1971	6 138	10 540	12 779
	ab 1. 1. 1972	6 702	11 426	13 811
3. Jahresrente ($\frac{2}{3}$ aus Nr. 2)	bis 31. 8. 1969	3 192	5 472	6 636
	bis 31. 12. 1970	3 576	6 084	7 356
	bis 31. 12. 1971	4 092	7 032	8 520
	ab 1. 1. 1972	4 464	7 620	9 204
4. Monatsrente	bis 31. 8. 1969	266	456	553
	bis 31. 12. 1970	298	507	613
	bis 31. 12. 1971	341	586	710
	ab 1. 1. 1972	372	635	767
3. Gehobener Dienst				
1. Dienstekommen jährlich	bis 31. 8. 1969	14 712	17 592	19 032
	bis 31. 12. 1970	16 095	19 131	20 649
	bis 31. 12. 1971	17 838	20 976	22 544
	ab 1. 1. 1972	19 401	22 647	24 269
2. Versorgungsbezüge jährlich	bis 31. 8. 1969	6 620	11 435	13 893
	bis 31. 12. 1970	7 243	12 435	15 074
	bis 31. 12. 1971	8 027	13 634	16 457
	ab 1. 1. 1972	8 730	14 721	17 716
3. Jahresrente ($\frac{2}{3}$ aus Nr. 2)	bis 31. 8. 1969	4 416	7 620	9 264
	bis 31. 12. 1970	4 824	8 292	10 044
	bis 31. 12. 1971	5 352	9 096	10 968
	ab 1. 1. 1972	5 820	9 816	11 808
4. Monatsrente	bis 31. 8. 1969	368	635	772
	bis 31. 12. 1970	402	691	837
	bis 31. 12. 1971	446	758	914
	ab 1. 1. 1972	485	818	984

Lebensalter am 1. 10. 1953		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 50. Lebensjahr	Ab vollendetem 50. Lebensjahr
4. Höherer Dienst					
1. Dienstinkommen jährlich	bis 31. 8. 1969	20 036	23 368	25 034	26 700
	bis 31. 12. 1970	21 614	25 088	26 825	28 562
	bis 31. 12. 1971	24 177	28 451	30 588	32 724
	ab 1. 1. 1972	25 825	30 089	32 221	34 353
2. Versorgungsbezüge jährlich	bis 31. 8. 1969	7 013	12 852	18 275	20 016
	bis 31. 12. 1970	7 565	13 798	19 582	21 420
	bis 31. 12. 1971	8 462	15 648	21 106	23 561
	ab 1. 1. 1972	9 039	16 549	22 232	24 734
3. Jahresrente (² / ₃ aus Nr. 2)	bis 31. 8. 1969	4 680	8 568	12 180	13 344
	bis 31. 12. 1970	5 040	9 204	13 056	14 280
	bis 31. 12. 1971	5 640	10 440	14 076	15 708
	ab 1. 1. 1972	6 024	11 028	14 820	16 488
4. Monatsrente	bis 31. 8. 1969	390	714	1 015	1 112
	bis 31. 12. 1970	420	767	1 088	1 190
	bis 31. 12. 1971	470	870	1 173	1 309
	ab 1. 1. 1972	502	919	1 235	1 374."

Artikel 4**Übergangsvorschriften**

(1) Die Unanfechtbarkeit oder die Rechtskraft einer vor Verkündung dieser Verordnung ergangenen Entscheidung steht einer erneuten Entscheidung auf Grund dieser Verordnung nicht entgegen.

(2) Bei Leistungsverbesserungen für laufende Renten auf Grund der Änderungen in Artikel 1 bis 3 dieser Verordnung bedarf es eines neuen Antrages nicht.

(3) Bei der erneuten Entscheidung über den Anspruch sind die Entschädigungsorgane an die tatsächlichen Feststellungen gebunden, auf denen der vor Verkündung dieser Verordnung ergangene unanfechtbare Bescheid oder die rechtskräftige gerichtliche Entscheidung beruht.

(4) Die Absätze 1 bis 3 finden entsprechende Anwendung, soweit die Ansprüche vor Verkündung dieser Verordnung durch Vergleich oder Abfindung geregelt worden sind, es sei denn, daß ausdrücklich eine Berücksichtigung künftiger Leistungsverbesserungen ausgeschlossen worden ist.

(5) Soweit vor Verkündung dieser Verordnung Ansprüche von Berechtigten durch unanfechtbaren Bescheid oder durch rechtskräftige gerichtliche Entscheidung vorbehaltlos festgesetzt worden sind, behält es hierbei zugunsten der Berechtigten sein Bestehen.

Artikel 5**Berlin-Klausel**

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 240 des Bundesentschädigungsgesetzes auch im Land Berlin.

Artikel 6**Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1972 in Kraft.

Bonn, den 7. Dezember 1972

Der Bundeskanzler
Brandt

Der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen
Schmidt

Postreiseordnung
Vom 6. Dezember 1972

Inhaltsübersicht

	§
Geltungsbereich	1
Beförderung von Personen	2
Von der Beförderung ausgeschlossene Personen	3
Verhalten der Fahrgäste	4
Gebührenpflicht	5
Von der Beförderung ausgeschlossene Sachen	6
Handgepäck	7
Reisegepäck	8
Kraftpostgut	9
Tiere	10
Fundsachen, zurückgelassenes oder nicht abgeholtes Handgepäck, Reisegepäck und Kraftpostgut	11
Sonderregelungen	12
Beschwerden und Beanstandungen	13
Haftung und Verjährung	14
Berlin-Klausel	15
Inkrafttreten	16

Auf Grund des § 14 des Gesetzes über die Verwaltung der Deutschen Bundespost vom 24. Juli 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 676) wird verordnet:

§ 1

Geltungsbereich

Die Postreiseordnung gilt für die Personen- und Sachbeförderung im Omnibusverkehr der Deutschen Bundespost und im Landkraftpostverkehr (Postreisedienst).

§ 2

Beförderung von Personen

(1) Personen haben einen Anspruch auf Beförderung, soweit nach den Vorschriften des Personenbeförderungsgesetzes und den auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsvorschriften eine Beförderungspflicht besteht.

(2) Im Landkraftpostverkehr haben Personen einen Anspruch auf Beförderung, soweit die postbetrieblichen Verhältnisse die Beförderung zulassen.

§ 3

Von der Beförderung ausgeschlossene Personen

(1) Personen, die eine Gefahr für die Sicherheit oder Ordnung des Betriebs oder für die Fahrgäste darstellen, sind von der Beförderung ausgeschlossen. Soweit diese Voraussetzungen vorliegen, sind insbesondere ausgeschlossen:

1. Personen, die unter dem Einfluß geistiger Getränke oder anderer berauschender Mittel stehen,
2. Personen mit ekelerregenden oder ansteckenden Krankheiten,
3. Personen mit geladenen Schußwaffen, es sei denn, daß sie zum Führen von Schußwaffen berechtigt sind.

(2) Nicht schulpflichtige Kinder vor Vollendung des 6. Lebensjahres können von der Beförderung ausgeschlossen werden, sofern sie nicht auf der ganzen Fahrstrecke von Personen begleitet werden, die mindestens das 6. Lebensjahr vollendet haben.

§ 4

Verhalten der Fahrgäste

(1) Die Fahrgäste haben sich bei der Benutzung der Betriebsanlagen und Fahrzeuge so zu verhalten, wie es die Sicherheit oder Ordnung des Betriebs, ihre eigene Sicherheit und die Rücksicht auf andere Personen gebieten. Anweisungen des Fahr- oder Aufsichtspersonals ist zu folgen.

(2) Den Fahrgästen ist insbesondere untersagt,

1. sich mit dem Fahrzeugführer während der Fahrt zu unterhalten,
2. die Türen während der Fahrt eigenmächtig zu öffnen,
3. Gegenstände aus den Fahrzeugen zu werfen oder hinausragen zu lassen,
4. während der Fahrt auf- oder abzuspringen,

5. ein als besetzt bezeichnetes Fahrzeug zu betreten,
6. im Linienverkehr nach § 42 des Personenbeförderungsgesetzes zu rauchen,
7. im Linienverkehr nach § 42 des Personenbeförderungsgesetzes Tonrundfunkempfänger, Tonwiedergabegeräte und Musikinstrumente in Gebrauch zu nehmen,
8. ein Fahrzeug außer an Haltestellen zu betreten oder zu verlassen, es sei denn, das Fahr- oder Aufsichtspersonal erteilt andere Weisungen.

(3) Die Fahrgäste sind insbesondere verpflichtet,

1. zum Ein- oder Aussteigen die besonders gekennzeichneten Türen zu benutzen,
2. sie begleitende Kinder sorgfältig zu beaufsichtigen,
3. sich im Fahrzeug stets einen festen Halt zu verschaffen,
4. Sachen (§ 6 Abs. 1) so unterzubringen und zu beaufsichtigen, daß kein Schaden entstehen kann.

(4) Ein Fahrgast, der die Vorschriften der Absätze 1 bis 3 nicht beachtet oder die zur Aufrechterhaltung der Sicherheit oder Ordnung des Betriebs erteilten Anordnungen des Fahr- oder Aufsichtspersonals nicht befolgt, kann von der Beförderung ausgeschlossen werden.

(5) Bei Verunreinigung von Fahrzeugen oder Betriebsanlagen werden besonders festgesetzte Reinigungskosten erhoben.

(6) Wer Sicherheitseinrichtungen mißbräuchlich betätigt, hat — unbeschadet einer Verfolgung im Straf- oder Bußgeldverfahren — dreißig Deutsche Mark zu zahlen. Weitergehende Schadenersatzansprüche der Deutschen Bundespost bleiben unberührt.

(7) Das Fahr- oder Aufsichtspersonal ist berechtigt, Fahrgäste auf bestimmte Fahrzeuge zu verweisen oder ihnen bestimmte Plätze zuzuweisen, wenn dies aus betrieblichen Gründen oder zur Erfüllung der Beförderungspflicht notwendig ist. Ein Anspruch auf einen Sitzplatz besteht nicht. Schwerbeschädigten mit amtlichem Ausweis, Gehbehinderten, älteren oder gebrechlichen Personen, werdenden Müttern sowie Fahrgästen mit kleinen Kindern sind von anderen Fahrgästen Sitzplätze freizugeben.

§ 5

Gebührenpflicht

(1) Für die Beförderung im Postreisedienst sind die Gebühren zu entrichten, die sich aus der Postreisegebührenordnung ergeben. Zahlungspflichtig ist der Fahrgast oder derjenige, auf dessen Antrag die Beförderung durchgeführt wird.

(2) Der Fahrgast muß bei Beginn der Fahrt im Besitz eines gültigen Fahrausweises sein. Der Fahrausweis ist dem Fahr- oder Aufsichtspersonal vorzuzeigen und bis zur Beendigung der Fahrt aufzubewahren. Der Fahrausweis ist auf Verlangen dem Fahr- oder Aufsichtspersonal auszuhändigen. Verletzt der Fahrgast die ihm nach den Sätzen 1 bis 3 obliegenden Pflichten, so gilt er als Fahrgast ohne gültigen Fahrausweis.

(3) Die Gebühren sollen abgezählt entrichtet werden. Das Fahrpersonal ist nicht verpflichtet, Geldbeträge über zehn Deutsche Mark zu wechseln und Ein- und Zweipfennigstücke im Betrag von mehr als zehn Pfennig sowie erheblich beschädigte Geldscheine und Münzen anzunehmen.

(4) Wenn im Einzelfall die Gebühren nicht abgezählt entrichtet werden und das Fahrpersonal nicht wechseln kann, wird der vorgelegte Geldbetrag einbehalten. Der Fahrgast erhält eine Empfangsbescheinigung über den zuviel entrichteten Betrag. Diesen Betrag kann er bei der ihm vom Fahr- oder Aufsichtspersonal benannten Stelle gegen Vorlage der Bescheinigung abholen; auf Antrag wird der Betrag überwiesen. Ist der Fahrgast mit dieser Regelung nicht einverstanden, ist er von der Beförderung auszuschließen.

(5) Beanstandungen des Wechselgeldes müssen sofort vorgebracht werden; das gleiche gilt für unvollständige oder unrichtige Fahrausweise und Empfangsbescheinigungen.

§ 6

Von der Beförderung ausgeschlossene Sachen

(1) Ein Anspruch auf Beförderung von Sachen besteht nicht. Sachen im Sinne dieser Verordnung sind Handgepäck, Reisegepäck, Kraftpostgut, Hunde und sonstige Tiere. Sie werden nur dann befördert, wenn die Sicherheit oder Ordnung des Betriebs durch sie nicht gefährdet und andere Fahrgäste nicht belästigt werden können. Anweisungen des Fahr- oder Aufsichtspersonals über das Unterbringen von Sachen ist zu folgen.

(2) Von der Beförderung sind gefährliche Stoffe und gefährliche Gegenstände ausgeschlossen, insbesondere

1. explosionsfähige, leicht entzündliche, radioaktive, übelriechende oder ätzende Stoffe,
2. unverpackte oder ungeschützte Sachen, durch die Fahrgäste verletzt werden können,
3. Gegenstände, die über die Fahrzeugumgrenzung hinausragen.

§ 7

Handgepäck

(1) Der Fahrgast kann leicht tragbare Gegenstände unentgeltlich mit sich führen (Handgepäck). Das Handgepäck kann aus mehreren Stücken bestehen.

(2) Der Fahrgast hat das Handgepäck selbst unterzubringen und zu beaufsichtigen; es muß nach Größe und Gewicht auf dem Schoße, unter dem Sitz oder im Gepäcknetz untergebracht werden können.

§ 8

Reisegepäck

(1) Der Fahrgast kann weiteres Gepäck bis zu einem Gesamtgewicht von fünfzig Kilogramm mitnehmen (Reisegepäck).

(2) Soweit das Reisegepäck nicht im Fahrgastraum untergebracht werden kann, ist es dem Fahr-

personal zu übergeben. Das Reisegepäck wird gegen Rückgabe des Gepäckscheins ausgeliefert. Die Deutsche Bundespost ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, die Empfangsberechtigung des Gepäckscheininhabers zu prüfen. Kann der Gepäckschein nicht zurückgegeben werden, so ist die Deutsche Bundespost zur Auslieferung des Reisegepäcks nur verpflichtet, wenn die Empfangsberechtigung glaubhaft gemacht wird.

(3) Der Fahrgast kann Reisegepäck bei den von der Deutschen Bundespost bestimmten Postdienststellen zur durchgehenden Beförderung im Omnibusverkehr der Deutschen Bundespost und im Schienenverkehr der Deutschen Bundesbahn aufliefern. Das Reisegepäck muß sicher verpackt und ordnungsgemäß gekennzeichnet sein. Bei der Auflieferung ist der Fahrausweis für die Schienenstrecke der Deutschen Bundesbahn vorzulegen. Das im Schienenverkehr der Deutschen Bundesbahn und daran anschließend im Omnibusverkehr der Deutschen Bundespost durchgehend beförderte Reisegepäck ist bei der Postdienststelle des Bestimmungsortes abzuholen. Absatz 2 Satz 3 und 4 gilt entsprechend. Gepäck, das durchgehend befördert wird, gilt als Reisegepäck im Sinne dieser Verordnung nur während der Beförderung durch die Deutsche Bundespost.

(4) Zollamtliche Verpflichtungen hat der Fahrgast selbst wahrzunehmen.

§ 9

Kraftpostgut

(1) Gegenstände, die unabhängig von der Mitfahrt des Auflieferers im Linienverkehr nach § 42 des Personenbeförderungsgesetzes und im Landkraftpostverkehr befördert werden sollen, werden am Fahrzeug angenommen, wenn die Absende- und Zielhaltestelle an derselben Linie liegen, die Beförderung ohne Umladen auf ein anderes Fahrzeug möglich ist und die Sendung an der Zielhaltestelle bei Ankunft des Fahrzeugs abgeholt wird (Kraftpostgut). Die Deutsche Bundespost ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, die Empfangsberechtigung zu prüfen.

(2) Das Höchstgewicht für Kraftpostgut beträgt zwanzig Kilogramm, sofern nicht für bestimmte Fahrten ein Höchstgewicht bis zu fünfzig Kilogramm zugelassen ist. Das Kraftpostgut muß sicher verpackt und mit Absender- und Empfängerangabe versehen sein.

§ 10

Tiere

(1) Tiere dürfen nicht auf Sitzplätzen untergebracht werden.

(2) Hunde werden nur unter Aufsicht einer hierzu geeigneten Person befördert. Hunde, die Mitreisende gefährden können, müssen einen Maulkorb tragen.

(3) Blindenführhunde, die einen Blinden begleiten, sind zur Beförderung stets zugelassen.

(4) Sonstige Tiere dürfen nur in geeigneten Behältern mitgenommen werden.

§ 11

Fundsachen, zurückgelassenes oder nicht abgeholtes Handgepäck, Reisegepäck und Kraftpostgut

(1) Fundsachen sind gemäß § 978 des Bürgerlichen Gesetzbuches unverzüglich dem Fahr- oder Aufsichtspersonal abzuliefern; sie werden an den Verlierer bei der zuständigen Postdienststelle zurückgegeben. Die sofortige Rückgabe an den Verlierer ist zulässig, wenn dieser sich einwandfrei als Verlierer ausweisen kann. Der Verlierer hat den Empfang schriftlich zu bestätigen.

(2) Wird Handgepäck oder Reisegepäck im Fahrzeug zurückgelassen oder Reisegepäck nicht abgeholt, so wird der Fahrgast oder ein sonstiger Berechtigter aufgefordert, es innerhalb einer bestimmten Frist bei der zuständigen Postdienststelle abzuholen. Kommt er dieser Aufforderung nicht nach, so ist die Deutsche Bundespost berechtigt, das Hand- oder Reisegepäck öffentlich zu versteigern und den Erlös zur Postkasse zu vereinnahmen; Hand- oder Reisegepäck, das offenbar wertlos ist, kann vernichtet werden. Das gleiche gilt, wenn der Fahrgast, der Hand- oder Reisegepäck zurückgelassen hat, nicht zu ermitteln ist. In diesem Fall ist das Hand- oder Reisegepäck vor der Versteigerung oder Vernichtung durch Aushang im zuständigen Postamt mit der Aufforderung an den Berechtigten anzubieten, es innerhalb von sechs Wochen abzuholen.

(3) Wird Kraftpostgut am Fahrzeug nicht abgeholt, so wird es bei der zuständigen Postdienststelle zur Abholung bereitgehalten. Kommt der Empfänger der Aufforderung, das Kraftpostgut innerhalb einer bestimmten Frist abzuholen, nicht nach, wird es dem Absender auf seine Kosten zurückgesandt. Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 12

Sonderregelungen

Von den Vorschriften dieser Verordnung kann abgewichen werden, wenn dies im Interesse einer freiwilligen Zusammenarbeit mit anderen Verkehrsträgern (z. B. in Verkehrsverbänden und Verkehrsgemeinschaften) erforderlich ist (Sonderregelungen). Die Sonderregelungen müssen mit den für die anderen Verkehrsträger geltenden Beförderungsbedingungen übereinstimmen.

§ 13

Beschwerden und Beanstandungen

Beschwerden und Beanstandungen sind, abgesehen von den in § 5 Abs. 5 genannten Fällen, unter Angabe von Datum, Uhrzeit und Linienbezeichnung an das dienstleitende Postamt zu richten, soweit sie nicht durch das Fahr- oder Aufsichtspersonal erledigt werden können.

§ 14

Haftung und Verjährung

Für die Haftung der Deutschen Bundespost im Postreisedienst sowie für die Verjährung im Postreisedienst gelten die Vorschriften des Gesetzes über das Postwesen vom 28. Juli 1969 (Bundesgesetzbl. I S. 1006).

§ 15

Berlin-Klausel

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 37 des Postverwaltungsgesetzes auch im Land Berlin.

§ 16

Inkrafttreten

- (1) Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1973 in Kraft.
(2) Gleichzeitig tritt die Postreiseordnung vom 6. Juli 1964 (Bundesgesetzbl. I S. 445) außer Kraft.

Bonn, den 6. Dezember 1972

Der Bundesminister
für das Post- und Fernmeldewesen
Lauritzen

**Zwanzigste Bekanntmachung
über die Wechsel- und Scheckzinsen**

Vom 5. Dezember 1972

Auf Grund des § 1 des Gesetzes über die Wechsel- und Scheckzinsen vom 3. Juli 1925 (Reichsgesetzbl. I S. 93) wird bekanntgemacht:

Der Diskontsatz der Deutschen Bundesbank für Wechsel ist mit Wirkung vom 1. Dezember 1972 auf viereinhalb vom Hundert festgesetzt worden.

Bonn, den 5. Dezember 1972

Der Bundesminister der Justiz
In Vertretung
Dr. Erkel

Hinweis auf Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften,

die mit ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften unmittelbare Rechtswirksamkeit in der Bundesrepublik Deutschland erlangt haben

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	Veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften	
	— Ausgabe in deutscher Sprache —	
	vom	Nr./Seite
Vorschriften für die Agrarwirtschaft		
21. 11. 72	Verordnung (EWG) Nr. 2423/72 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 979/72 hinsichtlich der Ausgleichsabgaben, die im Anschluß an die Währungsereignisse für bestimmte Milcherzeugnisse und aus diesen gewonnene Waren anzuwenden sind	22. 11. 72 L 263/1
21. 11. 72	Verordnung (EWG) Nr. 2424/72 der Kommission zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Abschöpfungen	22. 11. 72 L 263/28
21. 11. 72	Verordnung (EWG) Nr. 2425/72 der Kommission über die Festsetzung der Prämien, die den Abschöpfungen für Getreide und Malz hinzugefügt werden	22. 11. 72 L 263/30
21. 11. 72	Verordnung (EWG) Nr. 2426/72 der Kommission zur Änderung der bei der Erstattung für Getreide anzuwendenden Berichtigung	22. 11. 72 L 263/32
21. 11. 72	Verordnung (EWG) Nr. 2427/72 der Kommission über die Festsetzung der Abschöpfungen bei der Einfuhr von Weißzucker und Rohzucker	22. 11. 72 L 263/34
21. 11. 72	Verordnung (EWG) Nr. 2428/72 der Kommission zur Festsetzung der durchschnittlichen Erzeugerpreise für Wein	22. 11. 72 L 263/35
21. 11. 72	Verordnung (EWG) Nr. 2430/72 des Rates zur Festsetzung des Grundpreises und des Ankaufspreises für Süßorangen für die Zeit vom 1. Dezember 1972 bis zum 30. April 1973	23. 11. 72 L 264/7
21. 11. 72	Verordnung (EWG) Nr. 2431/72 des Rates zur Festsetzung des Grundpreises und des Ankaufspreises für Mandarinen für die Zeit vom 16. November 1972 bis zum 28. Februar 1973	23. 11. 72 L 264/9
22. 11. 72	Verordnung (EWG) Nr. 2433/72 der Kommission zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Abschöpfungen	23. 11. 72 L 264/11
22. 11. 72	Verordnung (EWG) Nr. 2434/72 der Kommission über die Festsetzung der Prämien, die den Abschöpfungen für Getreide und Malz hinzugefügt werden	23. 11. 72 L 264/13
22. 11. 72	Verordnung (EWG) Nr. 2435/72 der Kommission zur Änderung der bei der Erstattung für Getreide anzuwendenden Berichtigung	23. 11. 72 L 264/15
22. 11. 72	Verordnung (EWG) Nr. 2436/72 der Kommission über die Festsetzung der Abschöpfungen bei der Einfuhr von Weißzucker und Rohzucker	23. 11. 72 L 264/17
22. 11. 72	Verordnung (EWG) Nr. 2437/72 der Kommission über die Festsetzung der Abschöpfungen bei der Einfuhr von Melasse	23. 11. 72 L 264/18
22. 11. 72	Verordnung (EWG) Nr. 2438/72 der Kommission zur Festsetzung der Erstattung bei der Ausfuhr in unverändertem Zustand für Weißzucker und Rohzucker	23. 11. 72 L 264/19
22. 11. 72	Verordnung (EWG) Nr. 2439/72 der Kommission zur Festsetzung des Grundbetrags der Abschöpfung bei der Einfuhr von Sirup und bestimmten anderen Erzeugnissen des Zuckerssektors	23. 11. 72 L 264/21
23. 11. 72	Verordnung (EWG) Nr. 2443/72 der Kommission zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Abschöpfungen	24. 11. 72 L 265/8

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	Veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften — Ausgabe in deutscher Sprache —	
	vom	Nr./Seite
23. 11. 72 Verordnung (EWG) Nr. 2444/72 der Kommission über die Festsetzung der Prämien, die den Abschöpfungen für Getreide und Malz hinzugefügt werden	24. 11. 72	L 265/10
23. 11. 72 Verordnung (EWG) Nr. 2445/72 der Kommission zur Festsetzung der bei der Erstattung für Getreide anzuwendenden Berichtigung	24. 11. 72	L 265/12
23. 11. 72 Verordnung (EWG) Nr. 2446/72 der Kommission zur Festsetzung der für Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen anzuwendenden Erstattungen	24. 11. 72	L 265/14
23. 11. 72 Verordnung (EWG) Nr. 2447/72 der Kommission zur Festsetzung der bei Reis und Bruchreis anzuwendenden Abschöpfungen	24. 11. 72	L 265/17
23. 11. 72 Verordnung (EWG) Nr. 2448/72 der Kommission zur Festsetzung der Prämien als Zuschlag zu den Abschöpfungen für Reis und Bruchreis	24. 11. 72	L 265/19
23. 11. 72 Verordnung (EWG) Nr. 2449/72 der Kommission zur Festsetzung der Erstattungen bei der Ausfuhr für Reis und Bruchreis	24. 11. 72	L 265/21
23. 11. 72 Verordnung (EWG) Nr. 2450/72 der Kommission zur Festsetzung der bei der Erstattung für Reis und Bruchreis anzuwendenden Berichtigung	24. 11. 72	L 265/23
23. 11. 72 Verordnung (EWG) Nr. 2451/72 der Kommission über die Festsetzung der Abschöpfungen bei der Einfuhr von Weißzucker und Rohzucker	24. 11. 72	L 265/25
23. 11. 72 Verordnung (EWG) Nr. 2452/72 der Kommission zur Festsetzung der Abschöpfungen bei der Einfuhr von Kälbern und ausgewachsenen Rindern sowie von Rindfleisch, ausgenommen gefrorenes Rindfleisch	24. 11. 72	L 265/26
23. 11. 72 Verordnung (EWG) Nr. 2453/72 der Kommission zur Änderung der bei der Einfuhr von Getreide- und Reisverarbeitungserzeugnissen zu erhebenden Abschöpfungen	24. 11. 72	L 265/29

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz — Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges. m. b. H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn

Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie für Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesgesetzblatt, 53 Bonn 1, Postfach 624, Telefon 22 40 86 — 88.

Das Bundesgesetzblatt erscheint in drei Teilen. In Teil I und II werden die Gesetze und Verordnungen in zeitlicher Reihenfolge nach ihrer Ausfertigung verkündet. Lautender Bezug nur im Postabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. beim Verlag vorliegen. Im Teil III wird das als fortgeltend festgestellte Bundesrecht auf Grund des Gesetzes über Sammlung des Bundesrechts vom 10. Juli 1958 (BGBl. I S. 437) nach Sachgebieten geordnet veröffentlicht. Der Teil III kann nur als Verlagsabonnement bezogen werden.

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 31,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 0,85 DM. Dieser Preis gilt auch für die Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1972 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt, Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung bzw. gegen Nachnahme.

Preis dieser Ausgabe 1,70 DM zuzüglich Versandgebühr 0,15 DM. bei Lieferung gegen Vorausrechnung zuzüglich Portokosten für die Vorausrechnung. Im Bezugspreis ist Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5 %.